

**Überleben in der Diktatur.
Auftaktkonferenz des
Forschungsverbunds „Landschaften der
Verfolgung“**

Veranstalter: Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“

Datum, Ort: 20.06.2019, Frankfurt/Oder

Bericht von: Samuel Kunze, Institut für Geschichtswissenschaften, Lehrstuhl Geschichte Osteuropas, Humboldt-Universität zu Berlin

Auch 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung ist die Erinnerung an die DDR gespalten. Während die einen den Unrechtscharakter des SED-Regimes mit seinem allgegenwärtigen Repressionsapparat und seinem umfassenden Spitzelsystem betonen, erinnern andere sich vor allem an ein idyllisches Leben, das von Ruhe, Ordnung und Sicherheit geprägt war.¹ In seiner Auftaktveranstaltung unter dem Titel „Überleben in der Diktatur“ unternahm der Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“ den Versuch, diese starre Dichotomie zugunsten eines differenzierteren Bildes vom Alltag in der Diktatur aufzulösen. Aus interdisziplinärer Perspektive wurde dabei einerseits das Verhältnis zwischen staatlicher Repression und freiwilliger Unterordnung in sozialistischen Diktaturen diskutiert und andererseits die Frage nach dem Erbe des SED-Staates und dem Umgang damit aufgeworfen. Bei dem Projekt „Landschaften der Verfolgung“ handelt es sich um einen von insgesamt 14 Forschungsverbänden, die zur Stärkung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der DDR und dem SED-Unrecht vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert werden.

Auf die Begrüßung durch JULIA VON BLUMENTHAL (Frankfurt/Oder) folgte eine thematische Einführung von JÖRG BABEROWSKI (Berlin), der drei Wesensmerkmale von Diktaturen in Abgrenzung zu anderen autoritären Ordnungen herausarbeitete: die Abhaltung von Wahlen, den Einsatz von Gewalt und die Notwendigkeit von Widerstand. Wahlen seien deshalb von entscheidender Bedeutung für Diktaturen, da diese sich im Gegensatz zu anderen nichtdemokratischen Staatsformen wie Monarchien nicht auf Recht,

Gesetz und Traditionen, sondern ausschließlich auf den vermeintlichen Willen des Volkes berufen würden. Gewalt spiele vor allem am Anfang der Diktatur eine entscheidende Rolle, da sie den Menschen die Allmacht des Staates vor Augen führe und auf diese Weise deren Gehorsam erzwingen. Dabei dürfe Gewalt aber keineswegs mit Macht gleichgesetzt werden; vielmehr besäße ein diktatorisches Regime erst dann permanente Macht, wenn es auf den Einsatz gewalttätiger Mittel weitestgehend verzichten kann. Der Widerstand wiederum bedrohe zwar einerseits den Fortbestand der Diktatur, dessen Bekämpfung verschaffe dem Diktator aber gleichzeitig die Möglichkeit, seine Souveränität unter Beweis zu stellen und damit seine Macht zu sichern.

Das erste Panel thematisierte Praktiken der Repression, wobei neben konkreten Formen von Gewalt, Drohung und Unterdrückung auch nach den Erfahrungen von Opfern und Tätern sowie nach Transferprozessen zwischen unterschiedlichen Diktaturen gefragt wurde. HELGE HEIDEMEYER (Berlin) zeichnete in seinen Ausführungen die Kontinuitäten und Brüche des Repressionsregimes in der DDR nach und hob dabei insbesondere den Prozess der Verrechtlichung und Verwissenschaftlichung hervor, den der Verfolgungsapparat ab 1962 durchlaufen habe. Daran anschließend ging STEFAN DONTH (Berlin) auf die Inhaftierung als eine der härtesten Formen der Repression ein und betonte den enormen Einschnitt, den eine Haft für die Biografien von politisch Verfolgten in der SBZ bzw. DDR bedeutete. Eine gänzlich andere Perspektive auf die Thematik eröffnete die Autorin MONIKA MARON (Berlin), die zwei Passagen aus ihrem Werk *Stille Zeile Sechs* verlas und dabei in eindrücklichen Worten die vielschichtige Auseinandersetzung zwischen einem 78-jährigen Parteifunktionär und einer 42-jährigen ostdeutschen Historikerin am Ende der DDR schilderte. CLAUDIA WEBER (Frankfurt/Oder) plädierte in ihrem Vortrag für eine Neuausrichtung der Geschichtsschreibung über Dik-

¹ Vgl. dazu exemplarisch Stefan Wolle, „Es geht seinen sozialistischen Gang“. Alltagsverhalten und Systemkonformität in der DDR der achtziger Jahre, in: Erhart Neubert / Bernd Eisenfeld (Hrsg.), *Macht – Ohnmacht – Gegenmacht: Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR*. Bremen 2001, S. 307-315, bes. S. 307.

turen, wobei sie den Verzicht auf die Reproduktion des Gegensatzes zwischen politischer Verfolgung und freiwilliger Unterwerfung und stattdessen eine Fokussierung auf das Wechselspiel zwischen Repression und Subversion anmahnte. In der anschließenden Diskussion ging es vor allem um die Frage, welche Faktoren den Wandel der staatlichen Verfolgungsmaßnahmen in den sozialistischen Diktaturen von anfänglich vor allem physischer Gewalt hin zu subtileren Formen der Repression bedingten. Während Heidemeyer dabei für die DDR vor allem äußere Faktoren wie die Zustimmung der SED-Führung zur KSZE-Schlussakte im Jahr 1975 geltend machte, betonte Weber die Bedeutung des Generationenwechsels und des damit verbundenen Mentalitätswandels in den staatlichen Institutionen.

Im Zentrum des zweiten Panels stand die Frage, wie kommunistische Regime ihrer Herrschaft Legitimität verliehen und welche Strategien und Mittel sie einsetzten, um Akzeptanz in der Bevölkerung herzustellen. BARBARA ZEHNPFENNIG (Passau) unterschied in ihrem Vortrag zwischen Legitimation im eigentlichen Sinne, Legitimation im abgeleiteten Sinne und abgeschwächter Legitimation. Während erstere wirksam werde, wenn die Bürger der staatlichen Ideologie tatsächlich Glauben schenken würden, resultierten die Legitimationen im abgeleiteten und im abgeschwächten Sinne aus den Vorteilen, die eine Diktatur bestimmten Bevölkerungsgruppen verschaffe, bzw. aus der Tatsache, dass die Bürger keine Alternative zum diktatorischen Regime sähen. Am Beispiel Ungarns ordnete GYÖRGY DALOS (Berlin) die Frage nach der Legitimation sozialistischer Regime in einen internationalen Kontext ein und machte als systemstabilisierende Faktoren neben der Befriedigung grundlegender wirtschaftlicher und kultureller Bedürfnisse vor allem das Bedrohungspotential durch die im Land stationierten sowjetischen Truppen geltend. FRANK RICHTER (Dresden) verwies für die DDR auf die Wirkmächtigkeit des behaupteten Wissenschaftscharakters der Staatsideologie sowie auf die vor allem in den Anfangsjahren erfolgreiche Selbstinszenierung des SED-Staates als antifaschistischer Arbeiter- und

Bauernstaat. Abschließend diskutierten die Teilnehmer die Auswirkungen der Legitimationsstrategien der SED. Richter gab zu bedenken, dass durch den Zusammenbruch der DDR und ihrer ideologischen Grundfesten für viele Ostdeutsche nicht nur ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl, sondern auch eine grundlegende Sinnorientierung verlorengegangen sei. Zehnpfennig stellte eine Verbindung zwischen den staatlichen Legitimationspraktiken der DDR und der heute in weiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung verbreiteten Skepsis gegenüber der Bundespolitik her. So habe die staatliche Propaganda im Sozialismus regelrechte Heilserwartungen an die politische Führung geweckt, die von vielen ehemaligen DDR-Bürgern auf die heutige Zeit übertragen würden und aufgrund ihres utopischen Charakters zwangsläufig enttäuscht werden müssten.

Das dritte Panel widmete sich dem individuellen und gesellschaftlichen Umgang mit den Folgen der Diktatur. Dabei stand die Situation der Opfer von Repressionen im Mittelpunkt. Auf die Frage nach den Wünschen und Erwartungen von Betroffenen benannte die Psychaterin ISABELLA HEUSER (Berlin) vor allem den emphatischen Umgang mit ihnen und mit ihren Erfahrungen, wobei es jedoch weniger um Mitleid gehe als vielmehr um eine vorurteilsfreie Haltung des Begegnen- und Verstehenwollens. Ähnliches berichtete GISELHER SPITZER (Berlin / Frankfurt/Oder) im Hinblick auf die Betroffenen des DDR-Staatsdopings, deren wichtigstes Anliegen die gesellschaftliche Anerkennung ihres Leidens sei. Sodann wurde die Rolle der Gedenkstätten für die individuelle Aufarbeitung der Opfer von Repressionen diskutiert. Laut MARIA BERING (Berlin) sind die Gedenkstätten zwar nicht in der Lage, den Erwartungen der einzelnen Opfergruppen zu entsprechen, jedoch könnten sie die individuellen Erfahrungen der Betroffenen in Form von Ausstellungen an jüngere Generationen vermitteln und sie auf diese Weise gesellschaftlich anschlussfähig machen. Während REGINA MÖNCH (Berlin) diese Einschätzung bestätigte und insbesondere eine verbesserte Wissensvermittlung zum Alltag in der DDR anmahnte, stellte Heuser die Bedeutung der Gedenkstättenarbeit für die in-

dividuelle Aufarbeitung der Betroffenen in Frage. Ihrer Meinung nach seien Gedenkstätten zwar als Bildungsorte vor allem für jüngere Menschen von großer Bedeutung, dem einzelnen Betroffenen hingegen würde das dort praktizierte ritualisierte Gedenken wenig bei der Aufarbeitung eigener, womöglich traumatischer Erfahrungen helfen. Dieser Ansicht widersprach Bering und verwies zum einen darauf, dass sich Gedenkstätten vor allem außerhalb offizieller Gedenkveranstaltungen, auf alltäglicher Basis mit den Betroffenen auseinandersetzen und zum anderen die ritualisierten Formen des Gedenkens für die Opfer von Repression äußerst wichtig seien, um ihnen öffentliche Aufmerksamkeit und damit Anerkennung ihres Leidens zu verschaffen.

Im abschließenden vierten Panel standen die am Forschungsverbund beteiligten Institutionen und ihre Rolle bei der gesellschaftlichen und individuellen Aufarbeitung der SED-Diktatur im Mittelpunkt. UTA GERLANT (Potsdam) berichtete über die von ihr geleitete Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam als einem Ort des Lernens und Forschens, dessen Fokus insbesondere auf der Auseinandersetzung mit den Tätern, Opfern und deren Angehörigen liege. Als Vertreterin des von ehemaligen Häftlingen gegründeten Vereins Menschenrechtszentrum Cottbus betonte SYLVIA WÄHLING (Cottbus) dessen Anliegen, die Wissensvermittlung zu Haft und Repression in der DDR mit der Menschenrechtsarbeit der Gegenwart zu verbinden. Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen ROLAND JAHN (Berlin) hob den Anspruch seiner Behörde hervor, Wissenschaftler, Gedenkstätten und Privatpersonen bei der Erforschung des SED-Unrechts zu unterstützen und zu diesem Zweck die Zugangsmöglichkeiten zu den Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit stetig zu verbessern. Gefragt nach der Rolle der Rechtswissenschaften bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur verwies JOHANNES WEBERLING (Frankfurt/Oder) auf die von ihm geleitete Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“ und deren Absicht, den Betroffenen unter Anwendung sowie durch die Anpassung des bestehenden gesetzlichen Rahmens zu ihrem Recht zu verhelfen. Als Anliegen der Robert-Havemann-Gesellschaft be-

schrieb dessen Vorsitzender OLAF WEISSBACH (Berlin) neben der Sammlung und Bewahrung von Selbstzeugnissen der DDR-Opposition die Schaffung eines zentralen Erinnerungsortes für Opposition und Widerstand in der DDR.

In interessanten und durch sehr unterschiedliche fachliche Perspektiven geprägten Diskussionen konnte diese Konferenz eine Reihe von Problemfeldern und Forschungsfragen zum Leben in sozialistischen Diktaturen identifizieren und damit auch die eingangs erwähnte dichotome Sichtweise auf die DDR infrage stellen. Sollte es den am Forschungsverbund beteiligten Partnern in den kommenden Jahren gelingen, Antworten auf einige der hier aufgeworfenen Fragen zu Praxis und Bedeutung von Repressionserfahrungen, zu ihrer gesellschaftlichen und individuellen Aufarbeitung und zu ihren Spätfolgen zu finden, kann das Gesamtprojekt einen wichtigen Beitrag für unser Verständnis von Diktaturen und den Umgang mit ihrem Erbe leisten.

Konferenzübersicht:

Grußwort

Julia von Blumenthal (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt an der Oder)

Einführung

Jörg Baberowski (Humboldt-Universität zu Berlin): Vom Umgang mit der Diktatur

Panel 1: Repression

Moderation: Jan C. Behrends (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam)

Stefan Donth (Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen)

Helge Heidemeyer (Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Berlin)

Monika Maron (Autorin, Berlin)

Claudia Weber (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt an der Oder)

Panel 2: Legitimation

Moderation: Hansjörg Brey (Südosteuropäergesellschaft, München)

György Dalos (Berlin)

Frank Richter (Theologe, Dresden)

Barbara Zehnpfennig (Universität Passau)

Panel 3: Bewältigung

Moderation: Jörg Ganzenmüller (Stiftung
Ettersberg Weimar / Friedrich-Schiller-
Universität Jena)

Maria Bering (Die Beauftragte der Bundesre-
gierung für Kultur und Medien)

Isabella Heuser (Charité-
Universitätsmedizin, Berlin)

Regina Mönch (Journalistin, Berlin)

Giselher Spitzer (Berlin / Frankfurt an der
Oder)

Panel 4: Perspektiven

Moderation: Jörg Baberowski (Humboldt-
Universität zu Berlin)

Dieter Dombrowski (Menschenrechtszen-
trum Cottbus e. V., vertreten durch Sylvia
Wähling)

Uta Gerlant (Stiftung Gedenkstätte Linden-
straße, Potsdam)

Roland Jahn (Der Bundesbeauftragte für die
Stasi-Unterlagen, Berlin)

Johannes Weberling (Europa-Universität Via-
drina, Frankfurt an der Oder)

Olaf Weißbach (Robert-Havemann-
Gesellschaft e. V.)

Tagungsbericht *Überleben in der Diktatur. Auf-
taktkonferenz des Forschungsverbands „Land-
schaften der Verfolgung“*. 20.06.2019, Frank-
furt/Oder, in: H-Soz-Kult 19.07.2019.